

Postanschrift, Postfach, Ort

Straße:

PLZ Ort:

Auskunft erteilt:

Zimmer:

Durchwahl:

Fax-Nr.

Geschäftszeichen:

Datum:

(Bei Antwort bitte angeben)

**Zuwendungsbescheid
(Projektförderung)****Betr.** Zuwendungen des Landes **Nordrhein-Westfalen** und der Europäischen Union nach den Richtlinien des Landesprogramms²⁾

- ☐ „Arbeit und Qualifizierung (AQUA)“²⁾ •
- ☐ „Arbeit und Qualifizierung, Ziffer 2.2 AQUA“²⁾
- ☐ „Zielgruppenorientierte Qualifizierung - QUAZI“²⁾

Bezug: Ihr Antrag vom in der Fassung vom

- Anlage:** 1. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur **Projektförderung**²⁾
 - an Gemeinden (GV) - **ANBest-P/G**¹⁾
2. Begleitbogen für die Maßnahme
3. Vordruck für den **Zwischennachweis/Verwendungsnachweis**
4. Vordruck für die Mittelanforderungen

1. BewilligungAuf Ihren vg. Antrag bewillige ich Ihnen aus Mitteln der Europäischen Union (EU) und aus Mitteln des Landes **Nordrhein-Westfalen**²⁾

für die Zeit vom bis (Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung in Höhe von DM

in Buchstaben: Deutsche Mark

Zur Durchführung der folgenden Maßnahme

(Bezeichnung der Maßnahme und genaue Bezeichnung des Zuwendungsbereiches)

¹⁾ Nichtzutreffendes bitte streichen.²⁾ Zutreffendes bitte ankreuzen.

2. Finanzierungsart/-höhe

Die Zuwendung wird in der Form der

- Anteilfinanzierung **in/bis** zu Höhe von v.H.
(Höchstbetrag siehe Zuwendungsbetrag)

- Festbetragsfinanzierung

zu den zuschußfähigen Gesamtausgaben

in Höhe von DM

als **Zuweisung/Zuschuß³⁾** gewährt.

Besonderheiten:

Die Zuwendung darf an

..... (als Maßnahmeträger)
weitergeleitet werden.**3. Zuschußfähige Gesamtausgaben⁴⁾**

Die zuschußfähigen Ausgaben wurden wie folgt ermittelt:

4. BewilligungsrahmenVon der Zuwendung **entfallen** auf

Ausgabeermächtigungen DM

Verpflichtungsermächtigungen DM

davon 19 DM

19 DM

19 DM

³⁾ Nichtzutreffendes bitte streichen.⁴⁾ Nur ausfüllen, wenn beantragter und bewilligter Betrag nicht übereinstimmen oder andere Gründe eine Darstellung erforderlich machen.

814 5. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Mittelanforderung zweimonatlich ausgezahlt.

6. Nebenbestimmungen

Die beigefügten **ANBest-G/ANBest-P⁵⁾** sind Bestandteil dieses Bescheides.

Abweichend oder ergänzend hierzu wird folgendes bestimmt:

1. Bei **Anteilfinanzierung⁵⁾**

n Die Nrn. 1.41 und 2.1 der **ANBest-P** finden keine Anwendung.

☐ Die Nrn. 1.41 und 2.1 der **ANBest-G** finden keine Anwendung.

Bei **Festbetragsfinanzierung⁵⁾**:

☐ Die Nrn. 1.2, 1.41, 5.11, 5.14, 6.4, 6.5 und 6.7 der **ANBest-P** finden keine Anwendung.

☐ Die Nrn. 1.41, 1.2, 5.11, 5.14, 9.31 und 9.5 der **ANBest-G** finden keine Anwendung.

2. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind in geeigneter Form zu informieren, daß sie unter Einsatz von Mitteln der Europäischen Union (EU) gefördert werden. Bei **Berichten** und Veröffentlichungen ist ein entsprechender Hinweis auf den Einsatz von Mitteln der EU aufzunehmen.
3. Für die Maßnahme ist ein Begleitbogen zu führen und zum Stand 30. 6. sowie zum Stand 31. 12. zu fertigen und innerhalb eines Monats vorzulegen.
4. Vermindert sich die Anzahl der Teilnehmer/innen, so verringert **sich** die Zuwendung zu den Ausgaben für die Maßnahme (Personal- und Sachkosten) analog zu den Regelungen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wie folgt:
 - a) Bei Maßnahmen, die gleichzeitig durch die Bundesanstalt für Arbeit als sog. „Freie Maßnahmen“ nach § 34 AFG finanziert werden, erfolgt die Kürzung entsprechend der Regelung der Arbeitsverwaltung, d. h. es sind die Kosten bis **zum Ablauf** der Kündigungsfrist zu übernehmen.
 - b) Bei Maßnahmen, die entweder als Auftragsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit oder nicht auf der Basis einer Finanzierung der Arbeitsverwaltung gefördert werden, wird dem Träger bis zum Ablauf des auf das Ausscheiden **des/der** Teilnehmers/in folgenden Monats der Festbetrag für **den/die** Teilnehmer/in gewährt.
5. Der Zwischennachweis ist nach dem als Anlage beigefügten Muster mit Stichtag 31. 12. jedes Jahr mit der Liste der personellen Besetzung und der **Teilnehmerliste** spätestens zum **31. 1.** des nachfolgenden Jahres der Bewilligungsbehörde vorzulegen.
6. Der Verwendungsnachweis ist nach dem als Anlage beigefügten Muster mit dem abschließenden Begleitbogen der Bewilligungsbehörde spätestens drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraums in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Abweichend hiervon gilt für Maßnahmen, die im Monat November oder Dezember enden, als letzter Vorlagetag der 31. Januar des Folgejahres.
7. Der Verbleib der Teilnehmer/innen ist nach Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme **festzustellen** und innerhalb eines Monats - entsprechend der Anlage 5.3 des Verwendungsnachweisvordrucks - der Bewilligungsbehörde zu melden.
8. Dem **Zwischennachweis/Verwendungsnachweis** sind als Nachweis über die Angaben zur Dauer der Beschäftigung und zur tariflichen Einstufung Ablichtungen des Arbeitsvertrages, der Lohnsteuerkarten oder ausnahmsweise der Stammbblätter der **aufgeführten** Fachkräfte beizufügen.

⁵⁾ Nichtzutreffendes bitte **streichen**.

9. Alle die Förderung betreffenden Bestimmungen sind vom Zuwendungsempfänger und Maßnahmeträger einzuhalten und alle die Förderung betreffenden Unterlagen vorzuhalten.
10. Die Kommission und der Rechnungshof der Europäischen Union sowie der Landesrechnungshof bzw. von ihnen benannte Vertreter/innen sind berechtigt, die Maßnahme vor Ort zu prüfen.
11. Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, für wissenschaftliche Untersuchungen im Rahmen der Evaluierung der **ESF-Interventionen** Informationen über das Projekt zur Verfügung zu stellen, sofern datenschutzrechtliche Belange dem nicht entgegenstehen.
12. Soweit nach dem Zeitpunkt der Bewilligung von der Europäischen Union weitere Auflagen hinsichtlich der Begleitung, Bewertung, Berichterstattung und Prüfung beschlossen werden, kann der Zuwendungsbescheid nachträglich entsprechend ergänzt werden.
13. Der Zinssatz für Rückforderungen von Zuwendungen richtet sich nach den Vorschriften des § 49a Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) NW.
14. Die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege über die Verbesserung des Nachweis- und Prüfungsverfahrens in den Zuwendungsbereichen des MAGS sind zu beachten.

.....
Unterschrift

814

Mittelanforderung

An das
Versorgungsamt
- Dezernat für Arbeitsmarktpolitische
Förderprogramme (APF) -
.....
.....

Mittelanforderung/Mitteilung über den Projektstand

Betr.: Zuwendungen des Landes NRW und der Europäischen Union nach dem Programm:

- ☐ „Arbeit und Qualifizieren - AQUA“¹⁾
☐ „Zielgruppenorientierte Qualifizierung - QUAZI“¹⁾
☐ „Wiedereingliederungsprogramm für Frauen“¹⁾
☐ „Modelle der Arbeitsmarktpolitik“¹⁾
☐ „Arbeitslosenzentren/Beratungsstellen“¹⁾

Bezug: Zuwendungsbescheid vom in der Fassung vom
(Datum des Erstbescheides) (Datum der letzten Änderung)

Gz.:

1. Mittelanforderung

zum¹⁾: ☐ ☐ ☐ D D ☐

des Jahres 19

Für den Zeitraum vom bis

wird die Überweisung eines Betrages in Höhe von DM beantragt.

Bankverbindung:

BLZ:

Konto-Nr.:

Bezeichnung des Kreditinstitutes:

ggf. Haushaltsstelle/Buchungs-Nr.:

¹⁾ Zutreffendes bitte ankreuzen.

2. Projektstand

Teilnehmer/innenzahl: geplant: TN
realisiert am:
(Grundlage für die Mittelanforderung): TN

Die Ausgaben- und Finanzierungssituation des Projektes hat sich gegenüber dem Bewilligungsbescheid in der gültigen Fassung verändert:

☐ ja ☐ nein

Sofern sich die Situation verändert hat, bitte überarbeitete Fassung des Antrags zu den Nummern **3, 4** und 5 des Antragsvordrucks beifügen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)